

# Brüssel sieht Kriegsgefahr in Europa: Schulungen für Priester

Christine Rütlisberger & Marcello Faraggi

**Kopp.exklusiv 11/13** – Weil die EU-Führung nach den Wahlen in Italien die Unregierbarkeit in den Mitgliedsstaaten und wachsenden Nationalismus und Gegnerschaft zur EU fürchtet, bereitet man sich auf Unruhen vor. Priester wurden jetzt im EU-Auftrag für den absehbaren Bürgerkrieg geschult. Als Professor Michael Hudson, Chefberater der lettischen Regierung in Wirtschaftsfragen, im Jahre 2010 als erster Europäer offiziell von einem sich abzeichnenden »*Krieg um Schulden in Europa*« sprach, da hatte man ihn nicht nur in Brüssel ausgelacht. **Hudson prognostizierte völlig nüchtern den absehbaren Zusammenbruch der Euro-Zone, die schlagartige Verarmung der nationalen Bevölkerungen und deren Ablenkung durch bewusst provozierte Kriege.** Das alles mitten in Europa. Und das alles nicht in ferner Zukunft, sondern schon recht bald.

**Das System bricht zusammen** - Hudson, so schien es 2010, war ein irrer Spinner. Denn er sprach nicht etwa von den Problemen in Griechenland, Italien oder Spanien – er wies auf den angeblichen GAU hin, welcher der EU zudem auch bald noch in den früheren Ostblockstaaten droht. Staaten, die erst in die EU aufgenommen wurden, mit Euro-Krediten zugeschüttet wurden – und sie nun nicht mehr zurückzahlen können. **Viele Hundert Milliarden Euro, die deutsche, österreichische und Schweizer Banken an ehemalige Ostblock-Staaten innerhalb der EU vergeben haben, werden nie zurückgezahlt.** Und damit müssen die als systemrelevant geltenden Banken westlicher Länder – wieder einmal – vom Steuerzahler gestützt werden, es ist eine Spirale ohne Ende! **An allen Ecken bricht das System zusammen.** Der einzige Ausweg, so Hudson, ist ein Krieg. Im Mai 2009 hatte auch der Bundesnachrichtendienst (BND), der deutsche Auslandsgeheimdienst, in einer vertraulichen Studie darauf hingewiesen, dass die Weltwirtschaftskrise auch das Potenzial zu einem möglichen Weltkrieg beinhaltet. Damals waren die Folgen der Wirtschaftskrise allerdings noch nicht so dramatisch wie derzeit. Das Szenario wurde als eines von mehreren möglichen aufgelistet. Man konnte das damals in keiner deutschen Qualitätszeitung lesen – **die Systempresse schwieg damals.**

**Doch nun hat zum zweiten Mal binnen weniger Wochen auch der Ende Januar 2013 aus dem Amt geschiedene Euro-Gruppenchef Jean-Claude Juncker vor absehbaren kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa gewarnt.** Juncker sagte: »Wer glaubt, dass sich die ewige Frage von Krieg und Frieden in Europa nie mehr stellt, könnte sich gewaltig irren. Die Dämonen sind nicht weg, sie schlafen nur.« Er sehe auffällige Parallelen zum Jahr 1913, als viele dachten, es werde in Europa nie mehr Krieg geben. »Mich frappiert die Erkenntnis, wie sehr die europäischen Verhältnisse im Jahr 2013 denen von vor 100 Jahren ähneln.« **Während Politiker da draußen also derzeit beschwichtigend behaupten, die Euro-Krise sei vorbei, braut sich anscheinend Unheil zusammen, welches in Kriegen enden könnte. Und zwar mitten in Europa.**

**In aller Stille hat Brüssel ein Geheimprogramm aufbauen lassen**, bei dem Priester und religiöse Würdenträger aller Glaubensrichtungen in Krisensituationen staatliche Anordnungen unterstützen sollen. Die »Clergy Response Teams« (CRT) wurden nach dem Vorbild des amerikanischen FEMA-Programms gebildet. Bei inneren Unruhen, dem erwarteten Kriegausbruch in Europa wegen der Euro-Schuldenkrise oder einem Notstand sollen Priester staatliche Anordnungen mit religiösen Zitaten untermauern und so Widerstand in der Bevölkerung gegen unpopuläre Maßnahmen brechen.

**So sollen beispielsweise je nach Bedarf auch Beschlagnahme von Lebensmitteln oder Zwangsumsiedlungen durchgesetzt werden.** Die Regierungen bereiten sich offenbar schon flächendeckend auf diese Lage vor. Nach immer neuen Krawallen in Ländern wie Griechenland, Spanien, Italien, Portugal, Bulgarien, Rumänien und mehrere Tage währenden gewalttätigen Unruhen in britischen Ballungsgebieten **werden Bündnisse von Euro- und EU-Gegnern jetzt als potentielle Gefahr für die Innere Sicherheit der Europäischen Union betrachtet.** Während die Infiltration der vorgenannten Gruppen durch Anwerbung von Informanten Erkenntnisse über geplante Aktionen aus dem Protestspektrum liefern soll, werden nun auch parallel Dossiers über kritische Bürger angelegt. In diesen werden **EU-Kritiker nach potentieller »Gefährlichkeit« farblich (rot, gelb und grün)** in elektronischen Akten nach ihrem »umstürzlerischen« Potential **eingestuft.** Die »Conspiracy«-Dateien stehen europäischen Ermittlern zur Verfügung, während die Betroffenen davon keine Kenntnis haben.

**Leitfaden für Polizeibehörden** - Nach den länderübergreifenden Bestimmungen (»potential indicators of activities«) wird beispielsweise als »gelb« eingestuft, wer öffentlich für Datenschutz oder Berücksichtigung der Privatsphäre (»privacy«) eintritt. **»Rot« ist man automatisch, wenn man politisch nicht korrekte Schriften liest (»revolutionary literature«).** Die Inanspruchnahme bürgerlicher Freiheitsrechte macht Durchschnittsbürger jetzt schnell zu Terrorverdächtigen. Parallel dazu finanziert die Europäische Union Projekte zur Handhabung größerer politischer Proteste. So empfiehlt das Projekt »EU-SEC« aus dem Bereich der EU-Sicherheitsforschung in einem Leitfaden für Polizeiführungen bei erwarteten sozialen Unruhen etwa unter anderem, frühzeitig Daten über erwartete Teilnehmer und Rädelsführer auszutauschen, **Reisesperren zu verhängen** und schon jetzt gute Beziehungen zu den Pressevertretern aufzubauen, um bei den absehbaren schweren inneren Unruhen in der EU »die Informationshoheit zu behalten«. **Die Staatsanwaltschaften werden zu einer hohen Zahl von Verurteilungen angehalten, um eine abschreckende Wirkung auf EU-Bürger zu erzielen.** Der »Leitfaden für die Polizei- und Sicherheitsbehörden« wird vom Europäischen Rat herausgegeben. Gefordert wird in diesem etwa die ständig aktualisierte »Beurteilung der Bedrohungslage«, indem etwa »Angaben zu Einzelpersonen oder Gruppen« übermittelt werden, »die sich voraussichtlich zum Ort von Demonstrationen begeben werden und als potentielle Bedrohung der öffentlichen Ordnung und / oder Sicherheit gelten«.

**Geplante Reisebeschränkungen** - Die »Reisemöglichkeiten dieser Personen« sollen so weit wie möglich »beschränkt werden«. Deutschland unterhält auf diesem Gebiet die beim Bundeskriminalamt **angesiedelte politische Datensammlung »international agierende Störer«** (IgaST), die sich aus entsprechenden Datenanlieferungen durch die einzelnen Bundesländer speist.

Jeder Dateneintrag in diese **willkürliche Polizei-Datensammlung** führt im Krisenfall nicht nur zu Reisebeschränkungen, sondern auch zur vorübergehenden Versagung politischer Betätigung, sofern der oben schon erwähnte Aktenreiter gelb oder rot ist. **Die derzeit insgeheim unter EU-Recht geplanten Operationen dienen nicht etwa dem Schutz der Bürger, sondern dem Schutz von Politikern und Regierungen. So sollen vorrangig jene geschützt werden, die für die Zustände verantwortlich sind.**

**Nicht nur Wirtschaftskrisen** und daraus resultierende Demonstrationen und Ausschreitungen sind als Auslöser für militärische Interventionen innerhalb der EU denkbar. Sollten beispielsweise bei einem Energie-Engpass Strom und Heizung für viele nicht mehr bezahlbar sein und damit ein Aufstand drohen, dann könnte die geplante »Solidaritätsklausel« der EU ebenfalls angewendet werden. **Wenn die eigenen, nationalen Ordnungskräfte nicht ausreichen, dann werden ausländische Polizisten und sogar Soldaten aus den Nachbarstaaten den Regierungen zur Hilfe eilen. Schon heute setzen mehrere EU-Regierungen gegen die eigene Bevölkerung Soldaten ein. In Griechenland wurden so jüngst Demonstrationen niedergeschlagen.** Und in Frankreich bestimmt Militärpräsenz viele öffentliche Plätze. In der **Bahnhofshalle von Lyon** stehen Soldaten mit Maschinengewehren. Ohne viele Worte machen sie den Reisenden klar, dass sie es mit ihrer Aufforderung ernst meinten, einen bestimmten Bahnhofsbereich sofort zu verlassen. Nicht weniger martialisch ist der Auftritt der **Soldaten in Straßburg**. Die Franzosen scheinen sich daran gewöhnt zu haben. **Vor allem Frankreich scheint im Ausnahme-Dauerzustand zu sein.** Die französische Ökonomie-Professorin Brigitte Granville hält es für wahrscheinlich, dass bald massenweise Franzosen auf die Straße gehen werden, sollten EU und Elysee-Palast den Bürgern zur Rettung des Euro weitere Sparmaßnahmen verordnen. **»Wir hatten ja schon einmal eine Revolution«**, sagte die zierliche Frau ohne einen Hauch von Ironie Ende Januar 2012 in Brüssel.

Noch würde die hohe Arbeitslosenzahl, insbesondere unter jungen Menschen, hingenommen. Aber wie lange noch? Das Militär steht schon bereit, um einen möglichen Aufstand im Keim zu ersticken. Frankreich sei zu stolz, um gegebenenfalls Hilfe aus dem Ausland anzufordern, heißt es. Wirklich? Beim NATO-Gipfel in Straßburg 2009 fuhren deutsche Wasserwerfer durch die elsässische Stadt. Seit 2005 regeln verschiedene nationale Abkommen den Polizei- und Militäraustausch, wie die Bundesregierung in der Drucksache 17/4013 lapidar erklärt. **Deutsche Polizisten im Ausland und ausländische Polizisten in Deutschland seien inzwischen »gängige Praxis«.**

**Soldaten kämpfen gegen EU-Bürger** - Als 2006 mehr als 5.000 Hafendarbeiter aus der gesamten EU gegen eine Privatisierung der Hafendienste protestierten, da fragten sich französische Polizisten, warum sie alleine den Kopf hinhalten und ihr Leben riskieren mussten. So ist es bislang auch bei den jährlichen Protesten der Bauern. EU-weite Proteste könnten künftig zu einem EU-weiten Polizei- und Militäreinsatz führen, Nationalstolz hin oder her. Die Bedingungen hierfür hat die Hohe Repräsentantin der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, in einem Papier Ende 2012 formuliert. Der Auswärtige Ausschuss des Europäischen Parlaments mahnte an, dass nicht nur Terroranschläge, sondern auch »bedeutende Gefahren« die »Solidarität« der EU-Staaten auslösen müsse. Und dann kämpfen Soldaten gegen Bürger.